

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

54. Sitzung

und

## **Agrarausschuss**

29. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Oktober 2001, 15:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Ursula Kähler (SPD)  
Holger Astrup (SPD)  
Wolfgang Fuß (SPD)  
Renate Gröpel (SPD)  
Günter Neugebauer (SPD)  
Hans-Jörn Arp (CDU)  
Klaus Klinckhamer (CDU)  
Berndt Steincke (CDU)  
Rainer Wiegard (CDU)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

**Fehlende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Wolfgang Kubicki (FDP)

**Anwesende Abgeordnete des Agrarausschusses**

Claus Hopp (CDU)  
Maren Kruse (SPD)  
Dr. Henning Höppner (SPD)  
Helmut Plüschau (SPD)  
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)  
Jürgen Feddersen (CDU)  
Claus Ehlers (CDU)  
Peter Jensen-Nissen (CDU)  
Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)  
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

**Fehlende Abgeordnete des Agrarausschusses**

Hermann Benker (SPD)

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

---

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005</b>	<b>4</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1166	
<b>b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002 (Haushaltsbegleitgesetz 2002)</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1150	
• <b>E i n z e l p l a n 0 8</b>	
• <b>K a p i t e l 1 2 0 8</b>	
<b>2. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Ursula Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 15:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** fest.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1166

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002  
(Haushaltsbegleitgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1150

**• Einzelplan 08**

**• Kapitel 1208**

hierzu: Umdrucke 15/1450 und 15/1458

Vor Eintritt in die Beratung teilt die Vorsitzende, Abg. Ursula Kähler, mit, dass gebeten worden sei, eventuelle Fragen vorab schriftlich an das Ministerium einzureichen (siehe Umdrucke 15/1450 und 15/1458).

Sodann gibt St Dr. Aloys Altmann auf Wunsch des Vorsitzenden des Agrarausschusses einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte des Einzelplans 08. Er spricht dabei zunächst die äußerste Sparsamkeit in diesem Einzelplan an, die die Spielräume des Ministeriums äußerst erschöpft hätten. Die Nettoausgaben gingen um rund 16,8 % gegenüber dem Haushalt 2001 zurück. Dennoch bleibe dem Ministerium ein gewisser Spielraum, neue Dinge voranzutreiben und die ländlichen Regionen weiterhin zu fördern. Dabei entfielen rund 50 % der Ausgaben auf Fördermaßnahmen im investiven Bereich.

Unter den Schwerpunkten von besonderer Bedeutung sei zunächst der Tourismus zu nennen, wo versucht werde, den eingeleiteten Konsolidierungs- und Erneuerungsprozess durch den Verzicht auf Kürzungen fortzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Agrarhaushalts bleibe weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe. Zusammen mit dem EU-Programm ZAL bilde die Gemeinschaftsaufgabe das eigentliche Förderinstrumentarium für den ländlichen Raum. Zur Gemeinschaftsaufgabe gehöre des Weiteren der große Block der Küstenschutzmaßnahmen. Obwohl in diesem Bereich schmerzlicherweise Kürzungen vorgesehen werden müssten, habe man doch verhindern können, dass Küstenschutzmaßnahmen entfallen müssten. Man arbeite mit einer zeitlichen Streckung.

Bei der einzelbetrieblichen Förderung seien Kürzungen vor allem im Bereich der klassischen einzelbetrieblichen Förderung vorgesehen. Es stünden allerdings rund 2 Millionen € zur Förderung einer zukunftsfähigen Agrarpolitik weiterhin zur Verfügung. Diese neue Förderungsart werde für erforderlich gehalten, weil die Umstrukturierung der Landwirtschaft nach der BSE- und der MKS-Krise ansonsten kaum darstellbar wäre.

Bei der Förderung der Dorferneuerung sei man um erhebliche Kürzungen leider nicht herumgekommen. In zahlreichen Gesprächen werde versucht, neue Lösungsmöglichkeiten dahin zu finden, in noch stärkerem Maße als bisher EU-Mittel im Rahmen des ZAL-Programms zu binden.

Auch bei der Flurneuordnung und beim landwirtschaftlichen Wegebau sowie in der Förderung der Forstwirtschaft seien drastische Kürzungen nicht zu vermeiden. Möglicherweise werde es hier allerdings einige Korrekturen im Zuge der Nachschiebeliste geben müssen.

Bezüglich der Landwirtschaftskammer erhoffe man von dem neuen Gesetz, die Kammer damit zukunftsfähig machen und ihr finanzielle Planungssicherheit geben zu können. Neben den vor einem Jahr angekündigten Kürzungen unterstütze die Landesregierung den sozialverträglichen Abbau des Kammerpersonals in den Jahren 2002 bis 2004 mit rund 3 Millionen €, die man flexibel entsprechend dem tatsächlichen Bedarf einzusetzen gedenke. Dies werde als einmalige Chance für die Landwirtschaftskammer gesehen, wobei unbestritten sei, dass das dafür vorgesehene Gesetz möglichst bald verabschiedet werden müsse, um letztlich Ruhe und Planungssicherheit im Kammerbereich zu erzielen.

Für die Beseitigung der direkten BSE-Folgen sowie zur Verbesserung der Kontrolle - Stichwort: Qualitätstore - stünden 2,3 Millionen € zur Verfügung. Eine genaue Differenzierung dieser Mittel werde ebenfalls über die Nachschiebeliste vorgenommen werden.

In der sich anschließenden Diskussion entsteht ein längerer Meinungs austausch zwischen Abg. Peter Jensen-Nissen und St Dr. Aloys Altmann zu den Überlegungen von Abg. Jensen-Nissen, dass die vorgesehenen Kürzungen im investiven Bereich nicht zielführend bezüglich der Stärkung des 1. Arbeitsmarktes seien.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan vermisst Titel für den von der Ministerpräsidentin in vielen Regierungserklärungen befürworteten Aufbau eines so genannten Wellness-Bereichs im Tourismus. Sie bezweifelt darüber hinaus, dass die vorgesehenen Regelungen für die Landwirtschaftskammer bei deren Mitgliedern viel Vertrauen schaffen könnten.

Auf Nachfrage von Abg. Hans-Jörn Arp betont AL Holger-Jürgen Börner, dass die Wellness-Initiative der Ministerpräsidentin von den Tourismus-Wirtschaftsbetrieben aufgegriffen werden müsse. Das Land werde dann unterstützend zur Seite stehen.

Abg. Monika Heinold interessiert sich für die Handhabung des Personalabbaus bei der Landwirtschaftskammer in den Jahren 2002 bis 2004. Sie vermisst bei diesen Ansätzen eine VE.

St Dr. Aloys Altmann teilt mit, dass die VE in der Nachschiebeliste noch ausgebracht würden. Wie im Einzelnen der sozialverträgliche Abbau bei der Kammer aussehen werde, werde zurzeit in Gesprächen mit der Kammer noch eruiert. Sein Haus gehe jedenfalls davon aus, dass sich die Kammer in diesem sozialverträglichen Abbau mit 50 % beteiligen werde. Die Einzelheiten dazu müssten noch abgesprochen werden.

Abg. Claus Ehlers fordert - so wörtlich - „Planungssicherheit für die Kammer von Anfang an“ ein und sorgt sich um die weitere institutionelle Förderung nach dem Jahre 2004.

Nach Aussage von St Dr. Aloys Altmann ist der Kammer durch viele Gespräche bekannt geworden, dass bis zum Jahre 2005 von einem jährlichen Sockelbetrag für den Selbstverwaltungsbereich der Kammer in Höhe von 7 Millionen DM ausgegangen werden könne. Die Mittel, die ab dem kommenden Jahr für den Selbstverwaltungsbereich der Kammer vorgesehen seien, würden durch Zielvereinbarungen mit der Kammer abgesichert werden.

Die Frage des Abg. Claus Hopp, ob in diesen 7 Millionen DM die Pensionslasten mit eingerechnet seien, beantwortet St Dr. Aloys Altmann dahin, dass die Mittel, die die Kammer in Zukunft zur Verfügung gestellt bekomme, das Gesamtbudget der Kammer darstellten. Somit spielten hierin auch die Pensionskosten eine Rolle. Allerdings gebe es bei der Kammer nur noch rund 15 bis 20 Pensionäre. Da die Landwirtschaftskammer in Zukunft nicht mehr die Dienstherrenfähigkeit haben werde und alle neuen Mitarbeiter der Kammer als Angestellte geführt

würden, seien die Belastungen durch Pensionszahlungen bei der Kammer verhältnismäßig niedrig.

Im Weiteren erfolgt der Aufruf des Einzelplans kapitelweise.

In Kapitel 0802 moniert Abg. Claus Hopp die drastischen Kürzungen bei den Tierzuchtverbänden. AL Ulrich Lorenz geht von weiteren Gesprächen mit den Betroffenen aus, in denen auch überlegt werden müsse, ob noch innerhalb des vorgegebenen Rahmens Korrekturen im Sinne von Umstellungen möglich seien.

Abg. Rainer Steenblock zeigt sich irritiert über die Intransparenz bei den Titeln zur Fischerei. St. Dr. Aloys Altmann sagt eine Liste über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der vergangenen Jahre sowie eine Gegenüberstellung der Soll- und Istzahlen zu.

Zu den weiteren Überlegungen von Abg. Rainer Steenblock über den Umgang mit den VEs gibt Ref. Gerd Sauerberg einen kurzen Überblick. Über den Stand der eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sagt er eine schriftliche Beantwortung zu.

Weitere Fragen werden nicht gestellt. Das Gleiche gilt für den Stellenplan und die einschlägigen Kapitel des Einzelplans 12.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Günter Neugebauer trägt die Bitte vor, zum Entwurf des Kirchensteueränderungsgesetzes bereits vor Beginn der Beratungen im Finanzausschuss eine Stellungnahme der katholischen und der evangelischen Kirche anzufragen. Diesem Vorschlag stimmt der Finanzausschuss zu.

Die Vorsitzende des Finanzausschusses schließt die gemeinsame Sitzung um 15:50 Uhr

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführerin